

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Preis: 12 Sgr. 6 Pf. für ganz Preußen mit Postzuschlag 2 Sgr. 12 Pf.  
Für ganz Deutschland 2 Sgr. 12 Pf.  
Die einzelnen Abn. wird mit 24 Sgr. berechnet.

Alle Bestellungen nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Preuss. Presse.  
Bestellung: 12 Sgr. 6 Pf. für ganz Preußen mit Postzuschlag 2 Sgr. 12 Pf.  
Für ganz Deutschland 2 Sgr. 12 Pf.  
Die einzelnen Abn. wird mit 24 Sgr. berechnet.

# Neue Preussische Zeitung.



Nr. 222. Berlin, Mittwoch, den 24. September. 1851.

**Wir bitten unsere Leser, die Bestellungen unserer Zeitung für das vierte Quartal 1851, jedoch mit genauer Bezeichnung, etwa mit dem Zusatz „Kreuzzeitung“, gefälligst rechtzeitig machen zu wollen. — Abonnementspreis für Berlin 1 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. Für ganz Preußen mit Postzuschlag 2 Thlr. Für ganz Deutschland 2 Thlr. 12 Sgr.**

## Zur Geschichte der Parteien in Schweden.

Stockholm, 15. September. Als ich in meinem vorigen Briefe\*) erwähnte, daß trotz der nationalen Politik, welche unserer Regierung von der Demokratie zum Vorwurfe gemacht wird, das Land an Bildung und Wohlstand mache, berührte ich auch die Spannung zwischen den Parteien, welche von der Presse gleichsam aufregeht und in ihrer Befriedigung erhalten werden. Obgleich ich jedoch daran, die Geschichte der Parteien zu geben, dürfte eine kurze Geschichte über die Entwicklung der Parteien in den letzten Jahren von Nutzen sein für Ihre mit unseren Schwedischen Staatsverhältnissen etwas weniger vertrauten Leser. Ich will mich bemühen, nicht zu weitläufig zu werden.

Der Bedürfnis der Ruhe, welcher nach Beendigung der Napoleonischen Kriege sich auf unsern ganzen Welttheil geltend machte, erstreckte sich auch auf uns. Und dieser Bedürfnis war hier ein tiefgehender; denn wir hatten gleichzeitig mit diesem Kriege die Verminderung unseres Landes um ein Drittel, ein König, ein regierendes Geschlecht des Landes verwiesen und, durch tiefgreifende Veränderungen herbeigeführt, der Staatverfassung. Ein gewaltiger Geist ergriff damals die Leitung unserer Schicksale; Bernadotte wurde Schwedischer Thronbesteiger. Die im Lande bestehenden Parteien, überdies ermüdet und zum Theil durch mannichfaltige Umwälzungen aufgereizt, vereinigten sich schnell in der Bewunderung dieses Mannes. Er gewann die ungetheilte Liebe des Volkes. Auch äußere Begebenheiten, Kriege in Deutschland und Norwegen, lenkten das Interesse nach dem innern Zustande der Vergangenheit ab, und die Intervention fand die allgemeine Befriedigung, als der Friede zu Wien seinen Abschluß erreichte und mit demselben Ruhe in Europa zu herrschen begann. Aber still bleibt nicht die unruhige menschliche Leidenschaft. Sie sammelte im Staate, wie im Individuum nur neue Kräfte zu neuen Bestrebungen. Die Stimmungen des Volkes im Frieden sind, wie der Friede selbst nur die Folge blutiger Kämpfe, die eine neue überhandnehmende Krankheit erzeugen; mit erwarteten Kräfte kann es sich selbst auch nur matten Unterdrückung seiner Lebensfähigkeit finden. Es preßt die Regierung wie einen heulenden Arzt, mag es auch die bittersten Arzneien verschlucken müssen. Aber in verflämtem Grade steht unsere innere Unruhe wieder. Unsere Verfassung ist aus dem Gleichgewicht gekommen. Schnell wird das Gleichgewicht wieder und regt, sich auf die neue in den Bränden des Lebens zu rufen, und mit dem Gleichgewicht wird auch schon inmitten der alten Verhältnisse mit dem benachbarten Völkern, den Regierungen und unsern Mitbürgern. Und dies heißt man Politik!

So erwachte auch unser Schwedisches Vaterland aus der ersten Unruhe seiner glücklichen Zukunft. Schon auf dem Reichstage im Jahre 1820 verbandelten einzelne Mitbürger mächtig über den Staat, gegen die Regierung aufzutreten. Dieser Plan erregte Aufsehen, nicht durch seine Neuheit, am meisten aber durch seine Kühnheit; denn Karl XIV. war zu dieser Zeit in der That der Hebel des Volkes. Allmählich bildete sich nun eine Partei, welche damals und noch mehr im Jahre 1844 den Namen der „Opposition“ annahm. Die Beschuldigungen gegen die Regierung des Königs waren jedoch im Anfang, obgleich mit Bitterkeit ausgedrückt, wenig zahlreich und ihr Gegenstand von minderer Wichtigkeit. Die Würde der Partei stand im Ritter- oder Adelsstande, wo bis zu den letzten Jahren fast alle Parteien in ihren Häuptern vertreten waren.

Inzwischen traten die Ereignisse des Jahres 1830 auf die Weltbühne. Die Erfolge der Julirevolution gaben auch in dem entlegenen und monarchisch gegliederten Schweden der Demokratie Wichtigkeit. Gleichzeitig erschien in Stockholm die neulich von mir charakterisierte Zeitung „Allons!“, die einzige, welche im Lande Vortheile und Gleichgewicht der Aufregung erbrachte, die sie schon in dieser Zeit die Presse in anderen Ländern zu einer Macht im Staate erhoben hatte. Dieses Blatt stellte sich gleich Anfangs auf demokratische Fasse, wurde mit Talent redigirt und gewann bald einen unbegrenzten Abzug. Als sich die Regierung mit einer bisher unerreichten Heftigkeit an, und sein Gehalt fand sich im Lande; die Opposition blieb Munde, und die Partei behauptete ihre größte Bedeutung. Aber es genügte ihr nicht, die Regierung angreifen; sie nach dem Recht unantastbare Personen des Königs war das eigentliche Ziel der Beschuldigungen. Jedermann erkannte aus den beliebten Namen: „Regierung“, „System“, „Camilla“ u. s. w., daß diese sich nur auf den König selbst bezogen, um so mehr, als der König und die Regierung bis dahin traditionell als identische Begriffe angesehen wurden. Hierdurch gewann die Opposition, welche damals noch keineswegs im eigentlichen Sinne eine demokratische war, den Vortheil, die Regierung herabgesetzt zu sehen, und eben diese Demokratie, mit dem „Allons!“ an der Spitze, hatte die doppelte Freude, die Unterstützung vor der Königsmacht vermindert und die Liebe zu dem Thronerben dieser Macht kühler werden zu sehen. Der alte König erfuhr wahrlich die Unmöglichkeit der Volksgunst! — Man suchte ihn von der Höhe seines Selbsterlebens, seiner Tugenden, seiner edlen und großartigen Denkart herabzuwürdigen, ihm den Platz zu rauben, der ihm in dem Herzen des Volkes gewonnen war, und er wurde nur noch die Zielscheibe für die Beschuldigungen der Winkelfreier und Caricaturisten-Zeichner. Sein für alle Uebel empfindlich-reizbares Gemüth wurde hierdurch mit tiefer Bitterkeit erfüllt, und der wiederholte Ruf: „Abankung!“ hätte fast einen Wiederhall in seinem Herzen gefunden.

Unter solchen Verhältnissen trat der Reichstag des Jahres 1840 in Abtheilung. Die Opposition hatte gestiftet in den Ständewahlen, und auch im Ritterhaus befand sie ein Uebergewicht in der Parteistellung der Ausschüsse, welche auf die Behandlung der Verfassungs-Angelegenheiten den größten Einfluß ausübte. Die vollständige Umbildung der Repräsentation nach Norwegischem und Amerikanischem Vorbild mit allgemeinem Wahlen in weitester Ausdehnung war die brennende Frage der Liberalen — und die Vereinigung der Abgeordneten im Ritterhaus und unter der Demokratie bildete ihr politisches Lieblingsideal, welches schon seit

Jahr und Tag ihre Parteizeitungen in verschiedenen Variationen aufgespielt hatten. Gingen nur die Reformen durch, meinten sie, so würde schon alles übrige Gute sich von selbst einstellen! In dessen hatte der König, vertrauensvoll dem Begehren der Nation entgegenkommend, seine Räte entlassen und ein neues Ministerium gebildet, in welches jedoch Niemand von den Köpfen der Opposition Eingang fand.

Um diese Zeit traten zwei Machinationen der Opposition auf, welche zu ihrem Nachtheil ausgingen und bis zu einem gewissen Grade Jedermann die Augen zu öffnen begannen. Die eine zielte darauf, die alten Räte in Ansehung der Verfassung, die dieser Verfassungsvorwurf nach dem in den Grundgesetzen für den Reichstag festgesetzten § 106 von Verfassungs-Ansehung herabgesetzt wurde, fanden sich gegen die Minister, Ansehungsworte von so untergeordneter Bedeutung vor, daß es jedem klar sein mußte, daß viel mehr eine lumpenhafte Parteizeitung, als wirkliche Sorge um das Vaterland diesen Beschluß dictirte. Die Minister vertheidigten sich mit großem Talent, mit der Ueberlegenheit, welche eine gute Sache einleitet, und wurden insgesamt vom Reichstage einstimmig freigesprochen.

Die zweite Machination war mehr allgemeiner Natur und ihr Ausgang noch schmerzlicher. Die Oppositionsblätter unter dem Vorwand schon längst das Vertrauen des Ritterhauses eingebüßt, wußten, was sie schneller geschah, als sie sich näher an die Stände der Bürger und Bauern anschließen und nimmte — in Uebereinstimmung mit diesen und mit der radikalen Presse — die Erklärung abzugeben: „daß die Reform in der Repräsentation die condition sine qua non für die künftige Wohlfahrt des Landes sei.“ Eine Agitation für diese Reform außerhalb der Nationalversammlung kam in ihren Maßnahmen dahin, Petitionen-Weber für dieselbe in alle Theile des Reichs zu entsenden. Man war des Erfolges um so sicherer, als nur wenige Stimmen in der Presse sich gegen diesen Anschlag erklärten. — Aber das Resultat lag ganz anders! — Trotz der eifrigsten Vorarbeiten konnten nur wenige Tausend Unterschriften aufgetrieben werden, und unter diesen wenigen fand man höchst wenige Namen von nur einiger Bedeutung. Die Reklamation der kleinen Städte, Pastoralen, Bauern, ja wohl gar Bauernburschen, machten die Bedrückung aus. — Hatte die Opposition schon die Verachtung aller Befriedigung durch die perfiden Machinationen gegen die Minister eingebracht, so blieb nunmehr das allgemeine Gefühl die Frucht dieser Agitation in der Reformfrage. Und eine Reaction der allgemeinen Denkart begann sich allmählich geltend zu machen, während die Presse der Opposition an Ansehen und Einfluß einbüßte. Ihre Macht war gebrochen; der mit Drohungen aufgetriebene Reichstag accommodirte sich mit Ausnahme von einigen wenigen reichlichen Verhandlungen dem Befehlenden, und das Land blieb ruhig unter dem gewöhnlichen Gesichtspunkte, welche in jeder Regierung unserer Welttheil überkommen.

Eine Folge davon und zugleich ein Beweis für die Wirklichkeit der Reaction war die neue Umwandlung der Volkswahlungen, welche damals bei dem im Jahre 1843 ferialisch begangenen fünfzigjährigen Jubiläum der Regierung des Königs festgesetzt wurde. Auf's Neue hatte das Reich von den Bildungsgesetzen für den achtzigjährigen Monarchen wieder, und als der große Mann im folgenden Jahre sein irdisches Laufbahn beendete, war ihm noch vergönnt, Beweise der gerechten Anerkennung zu empfangen, die ihm auch die Geschichte ohne Zweifel wird angedeihen lassen.

König Oscar bestieg den Thron, und eine neue Ordnung der Dinge trat ein. Die alte Opposition mit ihren Gefe in Ritterhaus und ihre numerische Stärke in den Ständen der Bürger war allmählich ausgefloren — und die Partei hatte sich insofern unterschiedlich getheilt. Auf der einen Seite Adel und Priester, von denen die Majorität conservativen Grundgesetzen huldigte; auf der anderen alle Bürger und Bauern, welche die liberalen Lehren verfochten. Der König neigte sich persönlich seiner von beiden zu; seine unerschütterliche Ruhe ließ ihn den Schwerpunkt über den Parteien behaupten. Trotz der Proteste des Adels und der Conservativen factionirte er das gleiche Gesetz — und von demselben Reichstage forderte er ein höheres Budget für die Landesvertheilung, in welcher Hinsicht die Liberalen zu jeder Zeit und mit Vorliebe getrauert hatten. Bei dieser Stellung, welche der König und seine Räte den Repräsentanten gegenüber beibehielten, konnten sie es nicht vermeiden, von beiden Parteien ungünstig beurtheilt zu werden, insofern diese sich begünstigt oder zurückgesetzt sahen. Aber diese ungeschickliche Ausrüstung des Königs gewährt und den „constitutionellen Halt“, und beim Volke ist der alte Satz eingewurzelt: „Der König allein regiert das Reich.“ Binnen Kurzem bildete sich eine sehr starke Partei, welche in allen Fragen ihr Wort in Uebereinstimmung mit dem abgab, was man als der Königs Wunsch ansah. Diese Faktion der Parteien wurde „die graue“ genannt und neigte sich mehr zur liberalen als zur conservativen Seite.

Aus derselben Faktion wählte der König im Jahre 1848 das noch jetzt am Ruder befindliche Ministerium, und von diesem wurde der Entwurf einer Repräsentation, welche die vollständige Veränderung des Grundgesetzes involvire, vorgelegt. Aber diese Frage bedeutet den gordischen Knoten in Schweden, welcher, wie es scheint, auf seine Weise gelöst werden kann. Das gegenwärtige Ministerium hat in dieser Beziehung nicht mehr ausgerichtet, als seine Vorgänger. Und doch hatte es der allgemeinen Ansicht nach den Wunsch des Königs auf seiner Seite, und die Demokratie verschmähte es nicht, jener Ansicht zu ihrem Vortheil Ausbreitung zu verschaffen — vor Allem ein großer Theil der Presse, namentlich das „Allons!“ In diese Periode der Verhältnisse fiel der letzte Reichstag.

Inzwischen hatte jedoch die allgemeine Europäische Reaction begonnen, ihre Stimme zu erheben — und so auch hier. Der König, sagte man, hätte in Folge der nationalen Auflösung, welche in allen Ländern die Frucht der dem Nationalismus gemachten Concessionen war, seine Ansichten über die Freiheit der allgemeinen Wahlen geändert; — und was ein Beweis ist von der monarchischen Festhaltung der Nation und von dem geringen Einfluß der Presse — der fragliche Entwurf fiel mit großer Majorität. Dieser Ausgang der Sache wirkte in bedeutendem Maße auf die Stellung der Parteien. Die „Grauen“ neigten sich mehr den Conservativen zu, wozu ihre Herzen von Alters her gehörten — und zu dieser Stunde gibt es wiederum eigentlich nur zwei Parteien (die innerhalb derselben befindlichen Parteien nicht mitgerechnet): die conservativen und die liberalen oder vielmehr radikalen, wie letztere in Ansehung ihrer Meinungs-Extreme mit Zug und Recht genannt wird. Da diese sich nun von den „Grauen“ ganz verlassen sah, wuchs ihre Erbitterung. Sie disponirte noch über Majoritäten in dem Stände der Bürger und in den meisten Fragen auch im Bauernstande. Sie wendete die alte Taktik an, der Regierung die Zustimmung zu den gefällten Forderungen zu verweigern. In den Ausschüssen, welche eine gewichtige Stimme hat und die Vorlagen in letzter Hand vorlegt, hat jeder der vier Stände eine gleiche Anzahl Stimmgeber ge-

schickt, bei welcher Gelegenheit also jene oft die Hälfte der Stimmenzahl besaßen. Aus solchen Verhältnissen entwickelte sich das für unser Land keineswegs glückliche Resultat, daß nämlich die Entscheidung aller Fragen vom Zufall abhängen wird. Das ist denn eine vollkommene Lotterie, in welcher die verlegten Jettel die Hauptrollen spielen, sobald die bis dahin gegebenen Voten von gleicher Anzahl sind. Ich werde mir gestatten, in meinem nächsten Briefe die Resultate dieser Lotterie zu erwähnen.

Der Reichstag ist beendet, und ein Refugium aus dem Verhandlungsbereich, die erledigt sind oder als noch schwebende Fragen dem nächsten Reichstage auszuweichen bleiben, dürfte im nächsten Briefe an seinem Orte sein.

## Ämtliche Nachrichten.

Er. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:  
Dem Kreisgerichtsrathe Johann Gottlieb Ernst Vöberg zu Seebach im Regierungsbezirk des Rheins-Mosel-Oberlandes vierter Klasse, dem Seconden-Lieutenant Grafen Voß zu Stollberg-Wernigerode I. vom Regiment Garde du Corps des Sr. Johanniter-Ordens; so wie dem Communal-Beamten Richter in Regnitz des Allgemeinen Gerichtsbezirks zu verleihen; ferner  
Dem Kriegsminister, Generalleutnant von Stockhausen, die Erlaubnis zur Anlegung des von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Hessen und bei Rhein ihm verliehenen Großkreuzes vom Ludwig-Orden zu ertheilen.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.  
Der kgl. Patentamt in Berlin hat am 19. September 1851 zwei Patente, das eine:  
auf eine mechanische Vorrichtung, um das Ausfahren und Einziehen von Sägen und Sägen zu erleichtern, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung,  
das andere:  
auf eine mechanische Vorrichtung, um das Ausfahren von Sägen zu erleichtern, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung,  
beide auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Polizei-Präsidium.  
Betreffend Regulirung und Umlegung des Steinpflasters längs des neuen Bahnhofs am Dammplatz in Berlin. Der Gemeindevorstand hat am 21. September 1851, die Regulirung und Umlegung des Steinpflasters längs des neuen Bahnhofs am Dammplatz in Berlin. Der Gemeindevorstand hat am 21. September 1851, die Regulirung und Umlegung des Steinpflasters längs des neuen Bahnhofs am Dammplatz in Berlin.

Gemeinderath.  
Die Mitglieder des Gemeinderaths werden davon in Kenntniß gesetzt, daß in der öffentlichen Sitzung am Donnerstag den 25. d. M., Nachmittags 4 Uhr, außer den in der vorigen Sitzung erledigten Beschlüssen, folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen werden: Die Verhandlung der gemeindlichen Depositionen, wegen der Erhebung der Gemeindlichen Depositionen und wegen der Erhebung der Gemeindlichen Depositionen, wegen der Erhebung der Gemeindlichen Depositionen.

Demnach werden noch in nicht öffentlicher Sitzung Wahl und Niederlegungsgeschäfte zum Vortrag kommen.  
Berlin, den 22. September 1851. S a b a r i a.

## Deutschland.

Berlin, 23. September. Von Seiten Preussens ist den Zollvereins-Regierungen zugleich mit dem Vorlaute des Vertrages zwischen Preussen und Hannover eine Denkschrift übersandt, welche den von der preussischen Regierung beim Abschluß des Vertrages festgehaltenen Standpunkt erläutere und die mit Hannover vereinbarten Vertragsbedingungen rechtfertigt. Das Allmähliche wird heute durch die ministerielle „Preussische Zeitung“ („Preussische Zeitung“) veröffentlicht. Dasselbe giebt in einer geschichtlichen Einleitung eine Darstellung der Verträge, welche seit dem Jahre 1837 zwischen dem Zollverein und dem Steuerverein theils zur Unterzeichnung des Schleichhandels, theils zur Abwendung des Zollgebietes abgeschlossen wurden, so wie einen Ueberblick über die Verhandlungen, welche im Jahre 1841 zur Einführung einer Zollvereinigung zwischen diesen beiden Staaten eingeleitet wurden. Demnach waren die Forderungen Hannovers bei weitem höher, als die jetzigen Vereinbarungen. Das Präsidium war schon damals verlangt und konnte der im Steuerverein obwaltenden Confessionsverhältnisse wegen nicht verwirklicht werden. Der Denkschrift sind mehrere Anlagen beigegeben, welche die Berechnungen enthalten, auf Grund deren das Präsidium bewilligt und veranlagt ist.

Er. Maj. der Kaiser von Rußland haben dem Legationsrath von der Schulenburg-Primern den St. Annen-Orden zweiter Klasse zu verleihen geruht. (St. A.)

Er. Majestät der König werden nach Beendigung der gegenwärtigen Wanderschaft des Gardecorps eine große Jagd abhalten. — Dem Vernehmen nach wird Er. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preussen als Gesundheits-Rückflucht in kurzer Zeit eine Reise nach Italien antreten.

Der Ministerpräsident Hr. v. Mantuffel begab sich heute Mittag 12 Uhr nach Sanssouci, wohin derselbe zur Königl. Tafel befohlen war. Die Königl. Tafel ist für 2 Uhr befohlen, weil dem Vernehmen nach Er. Majestät beabsichtigen, nach derselben nach Berlin zu kommen.

Dem Vernehmen nach steht in der Besetzung der preussischen Bevollmächtigten an auswärtigen Höfen ein erheblicher Wechsel bevor.

Vorgestern wurde durch den hiesigen Portugiesischen Geschäftsträger der zum Geschäftsträger hier ernannte Herr Joachim de Robredo dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgestellt.

Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat eine Verfügung vom 15. September 1851 erlassen — betreffend die Verantwortlichkeit für die Sendungen von zu convertirenden Obligationen des Sprossens freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848.

Die „Nat.-Ztg.“ meint, es werde der neulich hier anwesende Staatsmann in Wien, Weiß von Starckenfeld, zum Chef der Bundes-General-Polizeidirektion ernannt werden. — Diese Nachricht ist gänzlich unbegründet; denn, käme auch jene hohe Po-

lizeidirektion zu Stande, so würde unzweifelhaft Sachsen (das bekanntlich im Bunde die nächsten Ehrenrechte nach Österreich und Preussen hat) bei derselben den Vorzug führen. Aber man scheint überhaupt von jener Einrichtung Abstand nehmen zu wollen, indem bereit ein Arrangement ins Leben getreten ist, welches dieselbe gleichfalls überflüssig macht.

(G. V.) Der evangelische Ober-Kirchenrath hat sich auf mehrfache Vorstellungen und nachdem seitens eines Confessionsdirecten Anfragen an ihn ergangen waren, zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß evangelische Geistliche bei Trauungen und Läusen darauf zu achten haben, ob etwa ein Theil der Verlobten, oder resp. ein oder mehrere Taufpaten der sogenannten freien Gemeinden angehören. Tritt ein solcher Fall ein, so haben die die Mitwirkung bei der verlangten kirchlichen Handlung zu verweigern. Man ist bei diesen Bestimmungen von dem Grundsatze ausgegangen, daß eine der freien Gemeinden angehörige Person das apostolische Bekenntniß nicht für bindend hält, und daß demnach kirchliche Handlungen auf Grund dieses Bekenntnisses von ihnen ebenfalls nicht bindend erachtet und sie namentlich bei Läusen nicht die Verpflichtung einer evangelischen Erziehung übernehmen können.

Der in Münster tagende Westfälische Provinzial-Landtag hat beschlossen, seine Verhandlungen Renoviriren zu lassen, und es sind vier der hiesigen Kammer-Synagogen zu diesem Zwecke dahin abgegangen.

Stettin, 23. Sept. Heute wurde der Regierungs-Rath Meyer in sein neues Amt als Bürgermeister unserer Stadt durch den Oberpräsidenten Klotzmann eingeführt. Der Oberpräsident wohnte aber den folgenden Festlichkeiten nicht bei, sondern begab sich nach Berlin zurück.

Zweimünde, 16. September. Es ist jetzt beschlossen worden, daß das Marine- und Matrosencorps nicht wieder in seine frühere Garnison Stettin zurückgeführt werden, sondern jetzt gleich in Zweimünde bleiben soll. Da die große feuerfeste Kaserne, die am „Osthafen“ für diese beiden Corps gebaut wird, noch nicht vollendet ist, so sollen die Soldaten für diesen Winter bei den Bürgern einquartirt werden. (M. Z.)

Königsberg i. d. N. (Kammerwahl.) Nachdem der Abgeordnete zur zweiten Kammer, Bürgermeister Steinhausen in Königsberg, sein Mandat niedergelegt hat, ist heute der Ober-Präsident Wagner in Berlin mit der gerade genöthigten Stimmenzahl 124 von 247 gewählt worden. Derselbe ist früher als Abgeordneter der zweiten Kammer Gegner des Ministeriums gewesen. Der Landrath v. Humbert, bisher Abgeordneter der ersten Kammer, hatte 104 Stimmen.

11. Sept. 17. September. Vorgestern Abend wurde hier zu gleicher Stunde bei drei Mitgliedern der sogenannten freien Gemeinde Hausdurchsuchung abgehalten, bei welcher mehrere zu der Bibliothek dieser Gemeinde gehörige Bücher und sonstige Druckschriften in Beschlag genommen wurden. Es soll sich auch hier herausgestellt haben, daß die freie Gemeinde politische Zwecke verfolgt und mit mehreren dergleichen Vereinen in Deutschland in Verbindung steht. Heute Abend wurde die Bibliothek der freien Gemeinde selbst von dem hiesigen Polizeivorstande durchsucht, wobei wiederum mehrere Schriften in Beschlag genommen wurden. — Dem Vorstande der freien Gemeinde ist offiziell eröffnet worden, daß der Verein bis auf Weiteres geschlossen ist.

Meißenburg, 20. Sept. Bei dem hiesigen Provinzial-Landtag war ein Antrag eingegangen, daß die Sitzungen des Landtags mit Jahresallgemeiner Versammlung eröffnet werden mögen. Zur Verhandlung über denselben wurde eine Commission ernannt, bestehend aus den Antragstellern, Abgeordneten von Meißen, von Rathenau, von Schierke und von Bismarck, Dietrich, Vollerstedt und Schmidt.

Salzburg, 18. September. 33. M. M. der König Max und die Königin Marie von Bayern kamen gestern Mittag von Vertheilungen über, um 33. M. M. der König Ludwig und die Königin Theresie in Leopoldsdorf zu besuchen. Sie trafen den Mittag und Abend bei dem königlichen Wirth zu. In der königlichen Tafel nahm auch Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter Theil. Das nächtliche anhaltende Regenwetter dauert bei und leider noch fort. Wir sehen den Schnee bis Ulrichsberg, über den Staufen, Unterberg, bis hinüber zum Tannenberg ausgebreitet.

München, 20. September. Ministerialrath v. Hermann A. von London gestern wieder hier eingetroffen und gab nachher Tage als Vizepräsident der Commission nach Frankfurt zur Fortsetzung der in Dresden früherzeit begonnenen Zollconferenzen.

Angsburg, 21. Sept. Der Ministerpräsident v. d. Forst, welcher vorgestern — mit dem Oesterreichischen, Preussischen, Sächsischen, bairischen und einigen anderen Herren der diplomatischen Corps — nach Donaueschingen abgereist hatte, um den daselbst das Dampfboot besitzenden Fürsten Ketterich zu beglücken, ist gestern Vormittag wieder hier zurückgekommen. Die anderen Herren scheinen den Fürsten auf seiner Donaufahrt begleitet zu haben.

Schloß Henrich, 20. Sept. Ich bin an der betreffenden Stelle autorisirt worden, Ihnen hiermit die am 24. September bevorstehende Vermählung Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Adelheid von Löwenstein-Wertheim-Rochefort mit dem Prinzen von Savoyen zu beglücken. Auch Vorzug von großer Dignität werden der Vermählung beizuwohnen.

Würzburg, 12. Sept. Im „Allgemeinen“ findet sich eine Ministerialentscheidung, die Verhältnisse der Israeliten betreffend, in welcher es heißt: Gemäß des Art. 1 des inwärtigen in Wirklichkeit getriebenen Gesetzes vom 29. Juni 1851, die bürgerlichen Rechte der Israelitischen Glaubensgenossen betreffend, sind nunmehr alle Ausnahmestimmungen, welche in den verschiedenen Landesstellen des Königreichs bezüglich der Verhältnisse der Israelitischen Glaubensgenossen zu den Christen in Ansehung der bürgerlichen Rechte bisher bestanden, aufgehoben. Demgemäß kann auch ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß nunmehr der Israeliten in gleichem Maße wie den Christen gestattet sei, von Bürgern, welche Rechte im Verleumdungsweg oder in Concursfällen juristisch zu erwerben, einzelne Theile abzuräumen und parallelweise zu verkaufen. — Also auch auf diesem Gebiete der Schacher nun vollständig privilegiert!

Stuttgart, 19. Sept. Auch der „Württembergische Staats-Anzeiger“, das Organ der Regierung, läßt erkennen, daß der Abschluß des Vertrages über die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein überall in Süddeutschland sehr überaus beliebt, da demselben keine bestimmten Nachtheile von Wiederaufnahme der Unterhandlungen vorzuziehen waren. Gleichwohl meint das Blatt, daß durch diese Vereinigung dem Ziele der allgemeinen Deutschen Zoll- und Handelsvereinigung näher gerückt werde. — Auch hier stehen demnach strengere vorzuziehende Maßregeln gegen den Mißbrauch des Vereinswesens und der Preßfreiheit bevor. Das in Vorbereitung begriffene Gesetz soll auf namhafte Cautionen basirt sein, und den politischen Vereinen stehen entweder Verbote, oder doch bedeutende Beschränkungen bevor.

Darmstadt, 29. Sept. Der „Lucifer“ — ein wüthendes radikales Blatt — führt nach einer Erklärung der Redaktion mit der heutigen Nummer auf zu erscheinen. (Mainz. Abp.)

\*) Bzgl. Nr. 203. und 206. der „N. Pr. Z.“



„Nun, halten, daß auch die höchsten Reactionen in der Kreuzregung — aus Angst — mich nicht angreifen sollten!“ rief der Eine empfindlich und —  
„Knecht Angl, kleiner,“ sagte der Soldat, „wer würde denn auch Ihnen selbst mit Handhüben angreifen. Hässler K. sagt es.“ — „Ungelebter Vellsohn!“ drümmten die Beiden und verströmten sich, als sie in der Ferne noch mehrere solcher Vellsohne herannahen sahen, die ihnen doch Bedenken erregten.







